

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 94 (2014)

Heft: 1021

Artikel: Der Revolutionsführer

Autor: Kühni, Olivia

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Revolutionsführer

Abspaltungstendenzen Schottlands, Exodus der Industrie, ganze Regionen ohne Arbeit – Grossbritannien hat vielerlei Probleme. Das ist die Chance für Nigel Farage und seine UKIP: die Protestbewegung entwickelt sich zur Revolutionsführerin.

von Olivia Kühni

Kurz bevor er in die Schweiz fliegt, isst Nigel Farage ein Speck-sandwich. Das ist wichtig, und darum tut er es vor laufender Kamera. «Alles okay», sagt er in die Linse. Farage macht Wahlkampf. Er ist gekommen, eine der Labour-Hochburgen des Landes zu kapern: den rauen Norden Manchesters, wo die Männer früher Textilarbeiter waren und heute oft nicht mehr viel. Und wie er die Festung stürmen wird. Aber jetzt reist er erst mal in die Schweiz.

Wenige Stunden später schlüpft Farage im Industriegebiet von Winterthur durch die Hintertür in einen Konferenzsaal. Hinter ihm gehen Männer mit Knopf im Ohr. «Noch einen Kaffee, dann bin ich bereit», sagt Farage. Er hält inne, richtet sich auf, und plötzlich ist die Müdigkeit aus seinem Gesicht verschwunden. Farage tritt hinaus ins Foyer, wo er von Blitzlichtern, Mikrofonen und aufgeregten Fans empfangen wird. «Hier bin ich», sagt er, «auf meiner niemals endenden Europatournee sozusagen.»

Nigel Farage ist der derzeit gefragteste Politiker der Britischen Inseln, wenn nicht ganz Europas. Mit triumphalen 27 Prozent zog seine United Kingdom Independence Party UKIP als stärkste britische Partei ins EU-Parlament, vorbei an den seit hundert Jahren abwechselnd herrschenden Tories und Labour. Was Farage hier anführt, ist nichts weniger als eine Revolution. «The People's Army» nennen es die Anhänger auf Twitter, die Volksarmee. Einen «modernen Bauernaufstand gegen Westminster» nennt es der «Guardian». Farages Wähler sind mehrheitlich weiss, männlich, arm – das zeigen sämtliche Statistiken – und sehr wütend. Und es geht ihnen nur vordergründig um die EU.

Ja, es geht um Brüssel. Viele Briten hassen es, so wie die Schotten England hassen oder die Mancs, die Einwohner Manchesters, London. Ja, es geht um die vielen Kopftücher im Land, um pakistansche Gangs in den Vororten, Schulzimmer, in denen nur noch das eigene Kind weiss ist. Um Souveränität und Immigration also, die Hauptthemen der UKIP. Aber eigentlich geht es um etwas noch Wichtigeres: das Gefühl, in dieser Demokratie endlich wieder eine Stimme zu haben. Farage, der Revolutionsführer, beherrscht die Sprache des Volkes. Er isst eben ein Specksandwich auf der Strasse, während Schnöselkoch Jamie Oliver unten in London predigt, wie ungesund das sei. Und der intellektuelle Labour-Chef

Olivia Kühni

ist freie Journalistin. Sie hat an der Universität St. Gallen und an der Hamburg Media School studiert und arbeitete bis vor kurzem bei der «Handelszeitung». Sie lebt in Zürich.

Ed Miliband sich photographisch festgehalten blamiert, als er den Toast mit spitzen Fingern zu teilen versucht. Dass viele der UKIP-Ideen vielen Wählern ökonomisch mehr schaden als nützen dürften, spielt keine Rolle. «Wenn ich darauf hinweise, kommt immer dieselbe Antwort», schreibt der linke Politjournalist John Harris, «I don't care.»

«Die spielen doch Golf?»

In Winterthur lässt sich Farage geduldig von allen Seiten interviewen. Später, in einem Sitzungszimmer vor den Journalisten, sagt Farage bezaubernde Sätze: dass die Politiker in Westminster und Strassburg langweilige Typen seien etwa, dass sie von denselben Schulen kämen und der jeweils anderen Schwestern heirateten, alle sprächen sie gleich und hätten keine Hobbies mehr.

«Die spielen doch Golf?»

«Nicht einmal mehr das», sagt Farage.

Dann sagt er mehrere ernste Dinge, darunter vor allem dieses: dass die EU als ökonomisches und politisches Projekt versagt habe. «Würden wir heute in Grossbritannien über den Austritt aus der EU abstimmen», sagt Farage, «wären wohl rund 80 Prozent der Wähler dafür.» Tory-Premier David Cameron verspricht, gehetzt von der UKIP, eine Abstimmung für 2017 – nach Neuverhandlungen mit Brüssel. Er gäbe Cameron am Verhandlungstisch keine Chance, sagt Farage in Winterthur, weil es um die Personenfreizügigkeit und den Vorrang europäischen Rechts gehe; beides sei für Brüssel nicht anzutasten. Und dann sagt er diesen bemerkenswerten Satz, der fast versickert: «Wenn sie diese beiden Dinge wirklich auf den Verhandlungstisch legen würden, dann könnten wir bleiben.»

Nigel Farage ist, anders als manche seiner Anhänger, kein Fundamentalpatriot. Er ist auch keiner von ihnen. Farage ist langjähriger Investmentbanker und Händler, ausgebildet an ei-

ner teuren Londoner Privatschule. In einem internationaleren Umfeld, einem wurzellosen Umfeld kann man sich kaum bewegen. «Wir haben in Grossbritannien mit dem Commonwealth langjährige gute Erfahrung mit Einwanderung», sagt er auch in Winterthur. «Aber heute kann ein indischer Ingenieur kaum mehr einwandern – während wir Schlechtqualifizierte aus ganz Europa unbegrenzt aufnehmen.» Dasselbe schrieb Farage in seiner wöchentlichen Zeitungskolumne. «Wir wollen bei der Einwanderung eine Volumenkontrolle und eine Qualitätskontrolle», steht da am Tag der Europawahlen im Mai. «Das ist nicht Rassismus, das ist gesunder Menschenverstand.» Und zwar einer, auf den sich britische Konservative und arbeitslose britische Fabrikangestellte gut einigen können.

Die Abgehängten

Über die letzten Jahrzehnte hat sich Grossbritannien, die Heimstätte der industriellen Revolution, deindustrialisiert. Von Margaret Thatcher über Tony Blair bis David Cameron setzte die Regierung auf Liberalisierung, Modernisierung und Effizienz, auf die Dienstleistungsbranche statt auf die alte und teuer subventionierte Industrie. «Die arbeitende Bevölkerung muss sich entscheiden», sagte der Tory Keith Joseph 1974, «zwischen einer illusorischen und mit öffentlichen Geldern subventionierten Arbeitsplatzsicherheit und echter Arbeitsplatzsicherheit auf der Basis einer blühenden, dynamischen Wirtschaft.» Fünf Jahre später wählten die Briten Thatcher, das Land folgte dem Kurs. Mit den bekannten Folgen: mehr Wohlstand, mehr Aufbruch, aber auch mehr Einkommensungleichheit.

Die Sache ist eben, «dass die älteren Ingenieure, die ihren Job verloren, nicht verschwunden oder Softwareingenieure geworden sind», wie der britische Ökonom Aditya Chakrabortty schreibt. «Sie landeten in schlechteren Jobs oder auf der Abräumhalde.» Farages indische Ingenieure fanden tatsächlich Jobs. Nur eben nicht in Newcastle, sondern zuhause in Odisha, Indien. Und reich machten sie jetzt nicht mehr die britische Familie Thomas, sondern die indische Familie Mittal. Die wiederum 2001 mit einer grossen Spende Schlagzeilen machte – an die Labour-Partei unter Tony Blair.

2004 machte Nigel Farage im Europaparlament eine vergangene Sünde des frisch gewählten EU-Kommissars Jacques Barrot öffentlich. Barrot hatte in seiner Heimat 3 Millionen Euro Staatsgelder in die Kassen seiner rechtskonservativen UMP geschleust. Die im Jahr 2000 gesprochene Bewährungsstrafe hatte Staatspräsident Jacques Chirac mit einer Amnestie annulliert. Farage, assistiert von den Sozialisten und Liberalen, forderte Barrots Rücktritt. Barrot, da offiziell ohne Fehl, blieb. 2005 liess Farage den EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zu einem Vertrauensvotum antreten, weil sich dieser im August 2004 auf der Jacht des griechischen Milliardärs Spiro Latsis gesonnt hatte – einen Monat bevor Barrosos Vorgänger Romano Prodi 10,3 Millionen Euro Staatsgelder an Latsis' Reederei guthiess. Den sich höflich im

Parlament vorstellenden Präsidenten des Rates Herman van Rompuy beschimpfte Farage 2010 als Niemand «mit dem Charisma eines feuchten Lappens», und sowieso habe ihn, van Rompuy, niemand demokratisch gewählt.

Immer, wenn der Chef Ruhe brauche, erzählt mir in Winterthur einer von Farages Wächtern, verschwinde er mit seinem Mobiltelefon zum Rauchen hinter dem Haus. Keine Interviews, ergänzt er. «Ich rauche nur», sage ich. Und erwische seinen Chef Farage, drei Zigaretten später. Das Telefon am Ohr, das Gesicht jetzt wieder müde.

«Ihre Wähler, Herr Farage, sind jene, die abgehängt worden sind in den letzten Jahren», sage ich.

«Ja», sagt er.

«Ich verstehe nicht, wie Sie denen helfen wollen, indem Sie die EU verlassen. Wie genau wollen Sie denen je helfen?»

«Die Regierung kontrolliert Fiskalpolitik und Geldpolitik. Sie muss auch den Arbeitsmarkt wieder kontrollieren. Wir haben jetzt eine grosse Zahl von Leuten, die einwandern und die Löhne drücken. Das lässt sich ändern.»

«Aber diese Jobs, Herr Farage, die kommen nicht zurück. Working Class Jobs kommen nicht zurück nach England. Die Stahlindustrie kommt nicht zurück nach England.»

«Nein, die nicht. Aber andere», sagt Farage, nun sehr müde. «Unter anderem darum brauchen wir eine andere Energiepolitik.» Mehr Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke statt staatlich geförderter Windenergie, Ölförderung mit Hilfe von Fracking im Süden, das hat die UKIP im Programm. Höchstens eine knappe Million neuer Stellen könnten so nach einer Schätzung von 2010 entstehen. Dem stehen gegenüber: rund vier Millionen Jobs, die in der britischen Industrie in dieser Generation verschwunden sind. Neue entstanden in der filigranen Medizinaltechnik, in der Pharmaindustrie, in der Raumfahrt. Keine Arbeit für einfache Fabrikarbeiter aus Manchester, Cardiff oder Birmingham.

Wie wäre es mit mehr Ehrlichkeit mit den Menschen, will ich noch sagen. Es wird nicht passieren, auch mit Ihnen nicht – doch da ist Farage schon wieder am Telefon und der Wächter schickt mich weg. «Keine Fragen mehr», sagt er, «Ende.»

Eine Woche später kommen die ersten Resultate aus dem Norden Manchesters. 2010 holte Farage hier 2,6 Prozent der Stimmen, den Parlamentssitz hält Labour seit Jahrzehnten. In der Nacht auf Freitag, 10. Oktober 2014, meldet das Wahlbüro: UKIP fährt 39 Prozent der Stimmen ein. Nur knappe zwei Prozent fehlen, um Labour zu stürzen – an dem Ort, an dem Friedrich Engels einen Grossteil seiner Schrift «Zur Lage der arbeitenden Klasse in England» schrieb. Im Küstenort Clacton holt die UKIP am gleichen Tag 60 Prozent der Stimmen und schickt ihren ersten Abgeordneten nach Westminster. «Wir haben wirklich und wahrhaftig unsere Panzer auf Labours Rasen parkiert», twittert der knapp unterlegene UKIP-Kandidat aus Manchester. Und die Parteizentrale: «Falls ihr es noch nicht getan habt – schliesst euch jetzt der Volksarmee an.» Eine Revolution. ◀